



## **EVP für ökologische Lenkungsabgaben; JA zum CO2-Gesetz!**

Die EVP-Mitglieder fassten die Parolen zur Abstimmung vom 13.06.2021 pandemiebedingt mittels einer Onlineabstimmung. Zuvor wurden die einzelnen Vorlagen bei einer virtuellen Versammlung vorgestellt und miteinander ausdiskutiert.

Dabei wurden die beiden Agrar-Initiativen klar zur Ablehnung empfohlen. Beide Initiativen gehen den Mitgliedern zu weit. Es wurde die Selbstversorgungssicherheit, ein erhöhter Importbedarf und die bereits bestehenden Bestrebungen der Landwirtschaft zur weiteren Reduktion des Pestizidgebrauchs, besonders hervorgehoben.

Das Covid-19 Gesetz war unbestritten. Gerade in Bezug auf die finanzielle Unterstützung der durch die Massnahmen betroffenen Menschen und Unternehmen in diesem Land, wurde die Annahme des Gesetzes als zwingend erachtet. Die vom Referendatskomitee vorgebrachten Einwände betreffend fehlende Rechtsstaatlichkeit und einem Impfwang, sind für die Mitglieder unbegründet.

Zum CO2-Gesetz wurde bereits vorgängig per Vorstandsbeschluss die JA-Parole gefasst. Die Mitglieder unterstützen diesen Entscheid und bekräftigten dabei die Wichtigkeit dieses Gesetzes für die Eindämmung der Klimaerwärmung.

Die im Gesetz zur Bekämpfung des Terrorismus vorgesehenen Massnahmen ging einzelnen Mitgliedern viel zu weit. Auch die Begriffe „terroristische Gefährder und Aktivitäten“ (Art. 23e) waren für einige Mitglieder zu weitgefasst. Trotzdem überwog zum Schluss die Meinung, dass den Verfolgungsbehörden weitergehende Kompetenzen zugestanden werden müssen.

Zur kantonalen Lichtverschmutzungs-Initiative wurde von den Mitgliedern die JA-Parole gefasst. Da den Mitgliedern einzelne Massnahmen zu weit gehen, hätten sie es begrüsst, wenn der Initiative ein Gegenvorschlag – wie im Rat verhandelt - zur Abstimmung gebracht worden wäre.

Beringen, 23.05.2021/BoB